

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/031(VI)/17			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 11.05.2017	Altes Rathaus Hansesaal	17:00Uhr	17:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom
19.04.2017
- 4 Neufassung der Friedhofssatzung der Landeshauptstadt
Magdeburg DS0527/16
- 5 Magdeburgs Ansehen als allen Menschen zugewandte, moderne
Universitätsstadt weiter verbessern I0107/17
- 6 Keine Abschiebungen nach Afghanistan A0051/17
- 6.1 Keine Abschiebungen nach Afghanistan S0104/17

7 Klageverfahren Facebook Party

I0128/17

8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzender

Burkhard Lischka

Mitglieder des Gremiums

Günther Kräuter

René Hempel

Karsten Köpp

Sachkundige Einwohner/innen

Thomas Opp

Peter Uhlmann

Geschäftsführung

Britta Becker

Tom Assmann (Vertreter für SR Meister)

Hubert Salzborn (Vertreter für SR Brestrich)

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Thomas Brestrich

Michael Hoffmann

Olaf Meister

Sachkundige Einwohner/innen

Wolfgang Stein

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der **Vorsitzende** informiert, dass die Verwaltung darum bittet, die Vorlage I0128/17 – Klageverfahren Facebook Party – auf der heutigen Sitzung zu behandeln.

Über die geänderte Tagesordnung wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 19.04.2017

Über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 19.04.2017 wird wie folgt abgestimmt:

3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

4. Neufassung der Friedhofssatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: DS0527/16

Frau Hartmann, Eigenbetrieb SFM, bringt die Drucksache ein.

Herr Salzborn fragt nach, wer die Pflege der Mensch-Tier-Grabstätten übernimmt.

Frau Hartmann informiert, dass die Pflege die Bestatter übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

5. Magdeburgs Ansehen als allen Menschen zugewandte, moderne Universitätsstadt weiter verbessern
Vorlage: I0107/17
-

Herr Weinert, Amt 66, macht kurze Ausführungen zur Vorlage der Verwaltung.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationsvorlage I0107/17 zur Kenntnis.

6. Keine Abschiebungen nach Afghanistan
Vorlage: A0051/17
-

Herr Hempel bringt den Antrag ein. Der Antrag besteht eigentlich nur aus einem Appell.

Frau Rudolf, Leiterin der Ausländerbehörde, legt dar, dass jeder Ausreisefall einer Einzelfallprüfung unterliegt. Sie skizziert kurz die zeitliche Abfolge eines Ausreisefalles. Aufgabe der Ausländerbehörde ist es, auf eine freiwillige Ausreise hinzuweisen. Bei neuen Tatsachen werden diese auch berücksichtigt.

Herr Kräuter findet, dass der Antrag etwas falsch formuliert ist. Wenn die Zeit abgelaufen ist, muss eine ordnungsgemäße Ausweisung erfolgen.

Herr Assmann äußert, dass es die Intention des Antrages ist, dass sich der Stadtrat um diese Menschen kümmert und nicht in ein Kriegsgebiet abschiebt. Er hält die Argumentation in der Stellungnahme für nicht haltbar. Seine Fraktion kann dem Antrag zustimmen.

Herr Salzborn spricht sich für die Ablehnung des Antrages aus, da die Stadt hierfür nicht zuständig ist. Zuständig ist hier das Land.

Herr Hempel unterstreicht nochmals, dass die Stadt in der Sache an das Land appellieren soll.

Herr Köpp ist der Verwaltung für den Teil der Stellungnahme dankbar, wo auf die laufenden Dienstgeschäfte verwiesen wird. Nach Punkt 3 des Antrages handelt es sich um einen Eingriff in die laufenden Dienstgeschäfte. Das Wort „fordert“ sollte durch die Worte „wird gebeten“ ersetzt werden.

Herr Keller, Amt 30, stellt nochmals die sachliche Zuständigkeit dar. Die Verwaltung hat in dieser Sache das Landesverwaltungsamt um Stellungnahme gebeten. Das Landesverwaltungsamt trifft die Aussage, dass Appelle nur möglich sind, wenn die Stadt Magdeburg selbst betroffen ist. Bei Afghanistan ist dies nicht der Fall. Er legt dar, dass das Ausländerrecht bundesrechtlich geregelt ist. Wenn der Antrag so gefasst werden würde, ist es die Pflicht des Oberbürgermeisters, diesem zu widersprechen.

Herr Platz stimmt Herrn Hempel insoweit zu, dass sich die Angelegenheit auf verschiedenen Ebenen erstreckt. Er findet es schade, dass hier Dinge diskutiert werden, die hier nicht diskutiert werden können. Die Sache muss an den Landtag herangetragen werden.

Herr Hempel verdeutlicht nochmals, dass jeder weiß, dass der eine oder andere hätte vielleicht hier bleiben können. Das ist die Intention des Antrages. Der Oberbürgermeister hat sich oft zu Abschiebungen in der Öffentlichkeit positioniert.

Herr Köpp informiert, dass seine Landtagsfraktion die Sache ebenfalls thematisieren wird. Es ist zu überlegen, ob die Punkte 1 und 3 als Bitte formuliert werden sollten.

Herr Salzborn äußert, dass der Stadtrat den Oberbürgermeister nicht beauftragen kann, gegen geltendes Recht zu verstoßen. Er appelliert an den Einbringer, den Antrag zurückzuziehen.

Herr Kräuter folgt den Ausführungen von Herrn Salzborn.

Herr Assmann ist der Meinung, dass es so viele Anträge im Stadtrat gibt, wo die Stadt nicht zuständig ist. Er versteht nicht, warum dieser Antrag ein Problem darstellt. Es geht hier um Menschen. Er hält die Sache der Zuständigkeit für sehr weich.

Herr Keller zitiert die Rechtsauffassung des Landes.

Herr Köpp teilt die Intention des Antrages vollständig. Er hält die Sache für schwierig und wird sich bei der Abstimmung enthalten.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

6.1. Keine Abschiebungen nach Afghanistan Vorlage: S0104/17

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Klageverfahren Facebook Party Vorlage: I0128/17

Herr Keller macht kurze Ausführungen zur Vorlage der Verwaltung. Er informiert, dass das Urteil erst in ca. einer Woche rechtskräftig wird.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationsvorlage I0128/17 zur Kenntnis.

8. Verschiedenes

Es besteht kein Beratungsbedarf!

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin